

18.12.1979 – vor 35 Jahren beschloss die UNO-Vollversammlung die Konvention über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau

24.12.1979 – 35. Todestag von Rudi Dutschke (geb. 7.03.1940), auf den als Vorsitzender des SDS im April 1968 ein Attentat verübt worden war

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

22. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

16. Dezember 2014

„Oh, du fröhliche...“ - nicht für alle

Höhn und Tiefen - Die Kolumne von Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Matthias Höhn

Der erste Advent ist vorüber, die Weihnachtsmärkte haben geöffnet, Kaufhäuser und Spielzeugläden sind voll mit Waren und Menschen.

Erste Weihnachtsbäume werden nach Hause getragen, überall werden Wunschzettel geschrieben, Reisen zur Familie geplant. Gefangen im alljährlichen Weihnachtstrubel entgeht uns oft das Wesentliche: Die Weihnachtszeit hat mehr mit Menschenliebe als mit Kaufrausch zu tun.

Dass Freude für manche offensichtlich nur über möglichst große - Geschenke gemacht werden kann, ist wohl leider ein Fakt, aber nicht mein Thema. Auch ein Fakt ist aber, dass es in vielen Familien nicht einmal für kleine Geschenke reicht.

Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als arm, Hartz IV-Familien lassen sich in Millionen zählen. Bürokratisch kaltherzig aufgeschlüsselt enthält der Hartz IV-Regelsatz kein Geld für Geschenke, kein Geld für einen Besuch auf dem Weihnachtsmarkt und kein Geld für einen Tannenbaum. Kurz: Kein Geld für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, das sich in der Vorweihnachtszeit nun einmal an jenen Dingen misst. Wie warm eine Gesellschaft ist, wie sozial eine Gesellschaft ist, bemisst sich nicht am Umsatz des Einzelhandels an den Adventswochenenden, er bemisst sich am Umgang mit den Bedürftigen. Spendenkampagnen von caritativen Einrichtungen, Kirchen und Unternehmen sind eine Sache, die ohne Frage unterstützenswert ist. Dennoch befreien diese die Politik nicht von ihrer Aufgabe, die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zu sichern, allen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen, Chancengleichheit gerade für die Ärmsten zu schaffen.

Kinderarmut in einem reichen Land wie Deutschland

ist absurd.

Vor allem dann, wenn auf der anderen Seite Banken als „systemrelevant“ eingestuft und mit Milliardenbeträgen gerettet werden. Es sind Kinder, die systemrelevant sind. Vor allen anderen muss ihnen geholfen werden.

Hartz IV-Bezieher und ihre Kinder spüren die Ausgrenzung in der Weihnachtszeit ganz besonders. Im Kleinen muss hier Abhilfe geschaffen werden. Unter dem Motto „Kinder beschenken statt Spekulanten“ wird es verschiedene Aktionen geben, die von der LINKEN organisiert werden.

Im Großen kann es nur eines geben:

Weg mit Hartz IV, weg mit allen schikanierenden Maßnahmen, die verhindern, dass Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Der Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Halle (Saale) und die Redaktion des Linken Blattes wünschen allen Genossinnen und Genossen, Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, friedliches Jahr 2015.

Die erste Ausgabe des Linken Blattes im Jahr 2015 erscheint am 20. Januar. Redaktionsschluss ist der 15. Januar.



Aus der Gesamt- mitgliederversammlung vom 13. Dezember 2014 Wahlergebnisse

Delegierte Landesparteitage 2015/2016
(Weiblich)

122 abgegebene Stimmzettel, 22 ungültig.

Name/Stimmen

Ute Haupt 96

Marianne Böttcher 94

Marion Krischok 92

Henriette Quade 89

Melanie Heyner 79

Janina Böttger 78

Renate Krimmling 76

Als Nachrückerin (Ersatzdelegierte)
wurde Lydia Roloff gewählt

Delegierte Landesparteitage 2015/2016
(gemischte Liste)

110 abgegebene Stimmzettel, 3 ungültig.

Name/Stimmen

Swen Knöchel 104

Hendrik Lange 93

Achim Bittrich 88

Dirk Gernhardt 87

Valentin Burghardt 85

Tobias Heller 77

Marcel Kieslich 73

Als Nachrücker (Ersatzdelegierte)
wurden Hartmut Büchner und
Rainer von Sievers gewählt.

Herzlichen Glückwunsch Bodo Ramelow!

Die Arbeit beginnt jetzt.

Die Arbeit beginnt jetzt

Zur Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten von Thüringen erklärt die Landesvorsitzende Birke Bull:

„Wir gratulieren Bodo Ramelow zur Wahl zum Ministerpräsidenten von Thüringen.

Nach 25 Jahren hat die CDU die Regierungsmacht verloren – Thüringen wird mit der neuen Landesregierung gewinnen. LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in den letzten Wochen ein vertrauensvolles Reformbündnis geschmiedet. Heute hat sich dieses Bündnis an entscheidender Stelle bewährt. Nach den konstruktiven Koalitionsverhandlungen, den deutlichen Mitgliederentscheidungen und Parteitagbeschlüssen steht die Rot-Rot-Grüne-Koalition mit einem guten Regierungsprogramm auf einer stabilen Basis.

Wir wünschen dem Reformbündnis in Thüringen Überzeugungskraft durch gute Regierungsergebnisse, einen langen Atem und gute Nerven.

Die erbitterten Anfeindungen der letzten Woche werden als ideologische Gefechte weiter anhalten und die Arbeit im Landtag erschweren.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird die Thüringer Genossinnen und Genossen bei dieser Herausforderung solidarisch begleiten.

Die neue Landesregierung hat Bedeutung über Thüringen hinaus und zeigt neue politische Perspektiven – auch für Sachsen-Anhalt – auf.“

Aus der Stadtratssitzung vom 26.11.2014

Lange Diskussionen, überraschende Ergebnisse – so kann man die letzte Stadtratssitzung bewerten! Zu Beginn der Sitzung wurde unser neuer Stadtrat – Sten Meerheim – vom Stadtratsvorsitzenden vereidigt.

In seinem Bericht schätzte der Oberbürgermeister ein, dass die Ebay-Ansiedlung im Star-Park Gestalt annimmt. Er schätzte ein, dass alle Kräfte, die zur Bombenentschärfung am 20.11.2014 im Einsatz waren, zur vollen Zufriedenheit gearbeitet haben und damit die Gefahrensituation bewältigt wurde. Er informierte, dass 71 Millionen Euro Flutmittelzusagen erteilt wurden.

Ohne große Diskussion wurden die neue Straßenreinigungssatzung und die entsprechende Gebührenordnung beschlossen. Die Stiftungssatzung zur Oelhaf-Zeysesche-Stiftung und der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung sowie die Konzeption zu Städtepartnerschaften passierten ebenfalls ohne Diskussion den Rat. Dem Bürgervorschlag im Rahmen des Bürgerhaushaltes – hier: auf Fällung der Bäume bei einem großen Ausbau der Pfännerhöhe zu verzichten, wurde stattgegeben.

Die Vorlage „Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft – Gestaltungsbeschluss – wurde angenommen. Die Gleise werden verlegt, ein Radweg wird angelegt und an der westlichen Straßenseite wird eine Baumreihe gepflanzt und die Haltestellen werden barrierefrei gestaltet.

Beschlossen wurde die „Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt... gemäß

§ 8 ÖPNV-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt“. Eingesetzt wird das Geld für den Bau von Bushaltestellen, für bauliche Veränderungen an Haltestellen, für die Giebichensteinbrücke, für die Ampel Merseburger Straße/Regensburger Straße u. a. m.

Beschlossen wurde der Neubau des Planetariums am Holzplatz. Auch unsere Fraktion stimmte mehrheitlich zu. Diskussionen gab es vor allem zum Änderungsantrag der Grünen. Sie wollen, dass das alte Gebäude des Planetariums erhalten bleibt, z. B. für eine Nutzung durch das Peißnitz-Haus. Das alte Gebäude ist ein wirtschaftlicher Totalschaden. Die Grünen haben allerdings prüfen lassen, ob der Abriss für den Erhalt der Flutmittel wirklich notwendig sei und erhielten die Antwort, dass dem nicht so sei! Der Antrag wurde abgelehnt. Unsere Fraktion stimmte unterschiedlich.

Eine Dringlichkeitsvorlage, die vorsieht, den provisorischen Eisdome nun zur richtigen Eissporthalle auszubauen, fand eine Mehrheit. Nun müssen beispielsweise feste Anbauten errichtet werden anstelle der Container, auch Tribünen müssen ausgebaut werden. Das Vorhaben einer weiteren Sporthalle wird dringender in der Innenstadt gebraucht. Wir stimmten zu, auch wenn deutlich wurde, dass diese Vorlage für die Entscheidung viel zu spät gekommen ist. Bodo Meerheim sprach in der Diskussion und stellte fest: „Ich finde das total in Ordnung. Gesamtwirtschaftlich be-

trachtet macht das, was die Verwaltung vorschlägt, Sinn“. Bis Ende des 2. Quartals 2015 soll nun ein Konzept vorgelegt werden, wie der weitere Bau aussehen wird.

Dem Antrag unserer Fraktion, der den Stadtrat auffordert, das transatlantische Handelsabkommen abzulehnen, wurde zugestimmt.

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, die Schutzziele des Hochwasserschutzes am Gimritzer Damm zu ändern. Eine Mehrheit stimmte dem zu! Wir enthielten uns. Der Oberbürgermeister kündigte Widerspruch an.

Unser Antrag zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen wurde vertagt, auch der Antrag zur Errichtung einer Denkmalskulptur zur Würdigung moderner Architektur und Baukonstruktion in Halle-Neustadt.

Ute Haupt
Stadträtin

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14-tägig
Auflage: 400 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
13.12.2014
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 15.01.2015

**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen,
die im Monat Dezember Geburtstag haben.**

Wechsel nötig, um wieder gestalten zu können

Der Landtag debattierte zum Doppelhaushalt 2015/16

„Der Haushalt der Landesregierung ist ein schöner Haushalt, wenn man von ihm nicht erwartet, dass er gestaltet“, so unser finanzpolitischer Sprecher Swen Knöchel. Zur letzten Landtagssitzung des Jahres stand die Debatte zum Doppelhaushalt 2015/16 auf dem Programm und wo Finanzminister Jens Bullerjahn von einem Haushalt sprach, der sich sehen lassen kann, sah das die Fraktion DIE LINKE naturgemäß anders. Die Landesregierung bleibe mit ihrem Entwurf hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück, fügte Swen Knöchel hinzu. Vor allem im Bereich der Kom-



munal Finanzen, wo selbst eine eigens vorgenommene Korrektur Städte und Gemeinden im Regen stehen lässt.

Vor dem Hintergrund neuer finanzieller Spielräume – etwa durch die Zinsentwicklung oder die so genannten Bafög-Millionen des Bundes – ist der Haushaltsentwurf der Landesregierung noch weniger zu verstehen. Die geplanten Kürzungen der Hochschulbudgets werden trotz massiver Proteste beibehalten, auch bei der Frage der Jugendpauschale hat sich die Landesregierung keinen Zentimeter bewegt. Dafür sezierte unser finanzpolitischer Sprecher eine abenteuerliche Erhöhung des Werbeetats aus dem Haushaltsentwurf heraus. „Unangemessen und falsch“, kritisierte Swen Knöchel – darüber hinaus darf zumindest die Frage gestellt werden, ob teure Werbekampagnen der Landesregierung vielleicht irgendwas mit dem Wahlkampf 2016 zu tun haben könnten?

Das Geld wäre im Landesprogramm für Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus jedenfalls besser aufgehoben. Darüber hinaus unterstrich Swen Knöchel weitere Forderungen der Fraktion DIE LINKE, die sie mit Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf der Landesregierung geltend gemacht hatte: Den Erhalt der Lehrerinnen und Lehrer im Land auf dem Niveau des vergangenen Schuljahres, die Erhöhung des Neueinstellungskorridors bei der Polizei um 50 Stellen sowie eine Erhöhung der in den letzten Jahren arg vernachlässigten Krankenhausfinanzierung. Zudem wandte sich die Fraktion DIE LINKE gegen die Streichung von 50 Stellen im Freiwilligen Ökolo-

gischen Jahr und setzte sich für die so genannte Mutterschaftprämie im Bereich der Schafzucht und -haltung ein.

„Die Finanzierung unserer Vorschläge kann über die globale Minderausgabe erfolgen“, so Swen Knöchel. Jedenfalls ist das ehrlicher als manch tiefer Griff in die Trickkiste, den die Landesregierung bei der Finanzierung ihrer Haushaltspläne realisiert. Dass etwa der Heimkinderfonds mit Geldern aus der Eingliederungshilfe finanziert wird, sei schäbig und werde auf dem Rücken der Ärmsten im Land ausgetragen, so unser finanzpolitischer Sprecher. Zahlreiche Anträge auf Eingliederungshilfe sind nämlich immer noch offen. Mit dem nun durch die Koalitionsmehrheit beschlossenen Doppelhaushalt 2015/16 müssen Hochschulen und Kommunen den Gürtel noch enger schnallen, Lehrer- und Personalmangel werden sich verschärfen und Daseinsvorsorge wird weiter abgebaut. Und eine Vision, wo es denn mit dem Land hin gehen soll, geht dem Doppelhaushalt gänzlich ab. „Er zeigt, dass ein Wechsel in diesem Land notwendig ist, damit man mit Haushalten wieder gestalten kann“, brachte es Swen Knöchel auf den Punkt.

Im Januar 2015
Senioren-Cafe'
am 7. Januar 14 Uhr
im Linken Laden,
Leitergasse 4



Ungerechte Verteilungsverhältnisse sind das Problem

Von Petra Sitte, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Mit schnellen Antworten und Pauschalverurteilungen wird die Politik einem Protestphänomen wie PEGIDA nicht beikommen. Zu vielschichtig sind die Motivationen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser inzwischen großen Demonstrationen. Bisher ist nicht einmal klar, welche genauen politischen Forderungen eigentlich gestellt werden.

Es tauchen dort oft rechtsextreme, rassistische und wohlstandschauvinistische Positionen auf, gegen die wir LINKE eindeutig und unmissverständlich Stellung beziehen. Dazu gehören Ausfälle gegen Homosexualität, gegen Feminismus, genauso wie das Schüren von Ängsten vor Flüchtlingen oder Asylbewerbern – aber auch deren offene Ablehnung und Hass. Solche Positionen werden wir immer kritisieren. Es ist auch nur absurd, dass diese Bewegung „für Recht und Ordnung“ von jemandem ins Leben gerufen wurde, der selbst als Flüchtling vor der Strafverfolgung wegen Diebstahls nach Afrika floh.

Wir unterstützen alle Gruppen, die dagegen protestieren. Aber nicht nur das. Es muss weiter aufgeklärt werden. Nicht nur, wenn wir Politiker gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus demonstrieren, sondern in unserer Rolle als Verantwortliche für unser Gemeinwesen. Hier stehen wir in der Pflicht, Ängste ernst zu nehmen, den interkulturellen Dialog zu fördern, das friedliche Zusammenleben zu organisieren und Normalität für alle Beteiligten zu ermöglichen. Es ist kein Zufall, dass die Demonstrationen ausgerechnet in den Regionen Zulauf haben, in denen kaum Muslime leben.

Ich bin selbst in Dresden aufgewachsen. Daher entsetzen mich diese teilweise auch hasserfüllten Kommentare gegen Menschen, die nach Deutschland kommen. Schaut man in die Geschichte Dresdens stellt man schnell fest, dass die Stadt diesen Weltruhm auch erlangt hat, weil über Jahrhunderte immer neue Impulse von außen gekommen sind und aufgenommen wurden. Und das gilt auch für die wirtschaftliche Entwicklung der letzten zwanzig Jahre, ohne zu verkennen, dass viele Menschen nach der Wende Jahre in höchst unsicheren Verhältnissen zugebracht haben. Ihr ganzes Leben haben die Ostdeutschen umge-

kremgelt. Das persönlich Erreichte will man durch schlechte Politik auf keinen Fall in Frage stellen lassen. Aber die Chancen auf Lebensperspektiven werden ganz sicher nicht durch Asylbewerberinnen und Asylbewerber oder durch Migrantinnen und Migranten, auch nicht durch Menschen anderer Religionen in Frage gestellt. Menschen, die zu uns in Not kommen, die Gefahr an Leib und Leben ausgesetzt waren oder die eben einfach sich und ihren Familien eigene neue Lebensperspektiven erarbeiten wollen, nehmen uns – wie auch Studien belegt haben – nichts weg, sondern bereichern die Gesellschaft und sind zugleich Einzahler in Sozialsysteme oder auch Steuerzahler. Das Hauptproblem aktueller Politik besteht in ungerechten Verteilungsverhältnissen, in oft zu niedrigen Löhnen, in Arbeitslosigkeit und in einem höchst ungerechten Steuersystem. Unser Gemeinwesen funktioniert an vielen Stellen nur unzureichend – etwa wenn es um Wohnraum, um die Gesundheitsversorgung oder das Bildungssystem geht.

Fundamentalisten wiederum beobachten wir in allen Religionen. Sie sind in einer extremen Minderheit. Sie „eignen“ sich aber nicht als Pappkamerad, um mit Politik pauschal abzurechnen.

Mit diesen Fundamentalisten muss sich jede Gesellschaft auseinandersetzen. Man muss mit rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen, sofern sie gegen Gesetze verstoßen, insbesondere natürlich auch gegen Menschenrechte.

Mit einer falschen Politik in Dresden, in Sachsen, auf Bundes- und Landesebene sollten Bürgerinnen und Bürger jedoch direkt die Auseinandersetzung – ohne den Umweg „Islamfeindlichkeit“ – suchen.

Wie man an der Kundgebung am Montag sehen und hören konnte, geht die Auseinandersetzung zwischenzeitlich auch in eine eher allgemeine Kritik an der Politik (mindestens) des letzten Jahrzehnts über. Politische Entscheidungen werden als ungerecht und benachteiligend empfunden. Gerade in der so genannten gesellschaftlichen Mitte gibt es große Angst vor einem sozialen Abstiegszenario für Familien, insbesondere auch der Kinder. Und dass Altersarmut kein Problem der Zukunft ist, weiß ich aus meinen Sprech-

stunden. Zu mir kommen mehr und mehr Menschen, die arm und einsam sind und sich einfach mal unterhalten wollen.

Und so liegt diesen Protesten wohl auch eine deutliche Absage an Politik und an dem etablierten demokratischen Diskurs zugrunde.

Das übrigens veranlasst Tausende, nicht mehr zum Wählen zu gehen. Ich vermute, dass unter den PEGIDA-Teilnehmerinnen und -teilnehmern auch sehr viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler mitlaufen. Es manifestiert sich offen die Absage an Politik, nach dem Prinzip: Ihr habt mich mit meinen Bedürfnissen ignoriert, jetzt ignoriere ich Euch und gehe nicht mehr wählen bzw. zeige ich Euch öffentlich nur noch meine abgrundtiefe Verachtung.

Die Politik muss sich vor die Flüchtlinge, vor das Asylrecht, vor die Menschen mit Einwanderungsgeschichte, vor die Freizügigkeit in Europa stellen.

Aber sie muss auch über sich selbst nachdenken. Die offene Ablehnung hat eine lange Vorgeschichte politischer Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen vieler Menschen in diesem Land. Weltoffenheit und libertäre Strukturen sind die positiven Seiten moderner Gesellschaften, Ausgrenzung und soziale Spaltung die negativen. Erste müssen wir schützen, letztere bekämpfen. Wenn ich oben geschrieben habe, dass Politik selbst in der Pflicht steht, aufzuklären, Entscheidungen aber auch in Frage zu stellen und diese gegebenenfalls zu ändern, dann muss das mit einem Dialog beginnen. Ein Politikwissenschaftler hat später in den Tagesthemen die Auffassung vertreten, dass Politikerinnen und Politiker jetzt an den Orten des Protestes die Diskussion suchen sollten – nicht mit rechten Rädelsführern, aber mit von der Politik Enttäuschten.

Das ist extrem schwer, aber eine andere demokratische Möglichkeit wird nicht bleiben...

Dem Thüringer Beispiel folgen – Winterabschiebestopp beschließen

Zur Forderung der LINKEN nach einem Winterabschiebestopp erklärt die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion Henriette Quade:

„Wie schon im Vorjahr fordert DIE LINKE – als minimale humanitäre Geste – einen Winterabschiebestopp, insbesondere für Flüchtlinge, in deren Herkunftsländern strenge Winter herrschen.

Es wäre ein positives Signal, den Beispielen aus Thüringen und Schleswig-Holstein zu folgen. Rheinland-Pfalz hat zumindest einen Wintererlass, der die Behörden verpflichtet, die Situation von Schwangeren, Kranken und Familien mit Kindern besonders sorgfältig zu prüfen. In Hamburg gilt immerhin noch eine Einzelfallprüfung.

In Sachsen-Anhalt sollen diese Möglichkeiten mit

dem Verweis darauf, es habe noch nie einen Abschiebestopp gegeben, offenbar wieder einmal nicht genutzt werden. Wohl wissend um die prekäre Lebenslage, in die insbesondere Angehörige von Minderheitengruppen abgeschoben werden, strotzt das Verhalten der Landesregierung von Ignoranz – von einer Willkommenskultur ganz zu schweigen.

DIE LINKE wird sich auch weiterhin für einen generellen Abschiebestopp einsetzen und unterstützt dabei ausdrücklich die bundesweit stattfindenden Proteste von Flüchtlingen.“

Donnerstag, 15. Januar 2015, 18 Uhr Buchlesung

Vorankündigung 2015

„Frieden kriegt man nicht“

Mit Andre Brie

Im "Linken Laden", Leitergasse 4, 06108 Halle

Eindrücke und Erfahrungen von Reisen in Konfliktregionen und Krisengebiete erlauben eine andere Sicht auf die Sorgen und Ängste der Menschen vor Ort und unterstreichen die Notwendigkeit, dafür einzutreten, dass Kriege erst gar nicht geführt werden. André Brie berichtet über seine Reisen nach Südamerika, nach Bolivien, in den Kosovo, nach Afghanistan, in den Irak und den Nahen Osten sowie vor allem über die Menschen, die er dort getroffen hat.

Junckers Mogelpackung

Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher Fraktion DIE LINKE – 28. November 2014

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker legt ein „Investitionsprogramm“ über 315 Milliarden Euro auf. Klingt beeindruckend. Die Frage ist nur: Wo kommt das Geld her? Und wo fließt es hin? Ein genauerer Blick zeigt: Junckers Investitionsprogramm ist eine Mogelpackung.

Die Kürzungsprogramme haben die Wirtschaft vieler Euro-Staaten ruiniert, und bremsen die Konjunktur in Europa wie in der ganzen Welt. Die OECD hat die EU gerade als größte Last für die Weltwirtschaft bezeichnet. Die Arbeitslosigkeit liegt extrem hoch, alle Strukturereformen und Lohnsenkungen haben das Problem nur vertieft. Das will Juncker jetzt alles besser machen mit einem Milliarden-Investitionsprogramm!

Seit 2007 ist das Investitionsniveau in Europa um 15 Prozent gesunken, teilt die EU mit. Im Klartext ist das ein Votum der Investoren gegen die EU-Kürzungspolitik: Wo Ausgaben gestrichen und Löhne gesenkt werden, da sackt die Nachfrage weg und da lohnt sich folglich das Investieren immer weniger.

Juncker sieht das anders: Für ihn liegt der Grund für die Investitionsschwäche in einer „allgemeinen Ungewissheit in Bezug auf die Wirtschaftslage“ und einem nebelhaften „Mangel an Vertrauen“. Um die Investitionen anzukurbeln, hat er jetzt ein Milliardenprogramm in Aussicht gestellt: 315 Milliarden Euro über drei Jahre. Das klingt üppig.

Jedoch sollte niemand hoffen, die EU nehme neues Geld in die Hand. Nein, Europa soll ja weiter sparen, rät Juncker. Und höhere Steuern für Reiche soll es auch nicht geben. Ist ja klar, bei einem Kommissionspräsidenten aus dem Steuerparadies Luxemburg. Laut EU-Schätzungen kosten Steuerhinterziehung und -umgehung Europa jährlich etwa 1000 Milliarden Euro. Juncker will das Geld mit einer wundersamen Geldvermehrung aufbringen: Fünf Milliarden gibt die Europäische Investitionsbank. 16 Milliarden kommen als Garantien von der EU. Damit verfügt der neue „Europäische Fonds für strategische Investitionen“ über 21 Milliarden Euro. Jeder dieser Euro soll nun 15 Euro an privaten Investitionen anreizen. So will die EU mit 21 Milliarden Euro ein Gesamtvolumen von 315 Milliarden herbeiholen. Das ist reichlich abenteuerlich.

Erstens: Ob das so kommt, ob sich die privaten Investoren bereithalten, wird sich zeigen. Bislang sind

die 315 Milliarden ein bloßes Versprechen. „Diese Zahl ist aus den Sternen gegriffen“, kommentierte OECD-Chefvolkswirtin Catherine Mann.

Zweitens: Auch wenn das Ziel erreicht wird – wie viel davon werden zusätzliche Investitionen sein, also Investitionen, die ohne den EU-Fonds gar nicht stattgefunden hätten? Ein Glück für die EU, dass dies niemals jemand nachrechnen können.

Drittens: Selbst wenn alles klappt – die Summe ist zu gering und kommt zu spät. Das Programm kann die Wunden nicht heilen, die die europäische Kürzungspolitik geschlagen hat.

Wir brauchen zunächst einmal einen Stopp der wirtschaftlich unsinnigen und unsozialen Kürzungsdiktate. Darüber hinaus muss ein echtes europaweites Programm mit zusätzlichen Investitionen im Umfang von mindestens 600 Milliarden Euro jährlich aufgelegt werden. Öffentliche Investitionen sind vor allem durch eine EU-weite Vermögensabgabe für Millionäre zu finanzieren.

In Deutschland muss die Binnennachfrage durch höhere Löhne und öffentliche Investitionen massiv gestärkt werden. Ohne zusätzliche Absatzchancen auch in Deutschland für unsere europäischen Partner droht ein europäisches Investitionsprogramm zu einem Konjunkturprogramm allein für die deutsche Industrie zu werden. Das würde zwar die Profite der deutschen Industrie steigern, aber weder den Beschäftigten in Deutschland noch den Menschen anderswo in Europa helfen.

Weitere Informationen unter:
www.michael-schlecht-mdb.de

**Für gleiche Löhne und
gleiche Renten in
Ost und West**

DIE LINKE.
SACHSEN-ANHALT

Sprechzeiten:

Mo. bis Do. von 14:00 bis 18:00
Fr. von 11:00 bis 16:00

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

DIE LINKE.Hamburg, Wendenstr. 6, 20097 Hamburg

An die
Kreisverbände der LINKEN

Per Email

Landesgeschäftsführer
Martin Wittmaack

Wendenstr. 6
20097 Hamburg

Telefon 040 / 3 89 21 64
Telefax 040 / 43 09 70 28

lgf@die-linke-hamburg.de
www.die-linke-hamburg.de

Hamburger Sparkasse
Konto-Nr.: 1213 1280 83
BLZ 200 505 50

IBAN: DE66200505501213128083
BIC: HASPDEHHXXX

Wahlbrief – Unterstützungsbitte für den Bürgerschaftwahlkampf in Hamburg

Hamburg, den 20. November 2014

Liebe Genossinnen und Genossen,

Anfang nächsten Jahres, am 15. Februar, steht die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft an. Wir wollen gestärkt in die Hamburgische Bürgerschaft einziehen und unser Wahlergebnis vom letzten Mal (6,4 Prozent) steigern. Die aktuellen Umfragewerte sehen DIE LINKE. Hamburg zwischen 7 und 9 Prozent.

Damit diese Wahl für uns tatsächlich ein Erfolg wird, freuen wir uns auf alle, die den Wahlkampf in Hamburg aktiv unterstützen wollen. Die Wahlkampfzeit liegt zwischen dem 5. Januar und 15. Februar 2015. Damit sich die Reise auch lohnt, empfehlen wir einen mehrtätigen Aufenthalt. **Besonders an dem Wochenende 6.-9. Februar sowie im 48-Stunden Wahlkampf vom 13.-15. Februar wollen wir mit vielen Genossinnen und Genossen auf den Straßen sein.** In dieser Zeitphase benötigen wir viele Wahlkampfhelferinnen und Wahlkampfhelfer aus anderen Bundesländern.

Zur Erstattung von Wahlkampfkosten bedarf es der unbedingten Rücksprache mit der jeweiligen Landesgeschäftsführung. Die Beteiligung aus den Kreisen wird von Tim Herudek gesammelt und mit dem Landesgeschäftsführer abgestimmt. Nehmt doch bitte bei der Meldung eurer Aktivitäten die Landesgeschäftsführer als Kopie mit in die Mail. Nicht angemeldete **und** bestätigte Reisekosten können wir leider nicht erstatten.

Da wir euch in Zeiten knapper Parteifinanzien in der Regel privat bei Genossinnen und Genossen unterbringen wollen, brauchen wir auch möglichst frühzeitige Meldungen und die Mitteilung, falls ihr in Hamburg ein Übernachtungsquartier benötigt.

Wenn ihr euch in Hamburg engagieren wollt, so meldet euch bitte bei Tim Herudek aus der Bundesgeschäftsstelle, der in diesem Wahlkampf die Aktiven aus anderen Landesverbänden betreut und koordiniert (tim.herudek@die-linke.de). Ihr werdet dann kontaktiert und bekommt alle weiteren Einzelheiten mitgeteilt. Bitte seht von persönlichen Verabredungen ab, wir wollen eine möglichst effektive und sinnvolle Aufteilung der Auswärtigen vornehmen.

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen –wir freuen uns auf euch.
Auf einen erfolgreichen Wahlkampf in Hamburg
für unsere gesammte Partei



(Martin Wittmaack, Landesgeschäftsführer)

Hamburg für alle:

Gebührenfreie Bildung, Mindestlohn, öffentliche Krankenhäuser, Sozialticket, armutsfeste Renten, Volksentscheide
Infos und Details zu den Forderungen der LINKEN in Hamburg unter: www.die-linke-hamburg.de